



Fortsetzung von Seite eins

Die Regierung schottet sich ab
Deutlicher geht es nicht. Die Regierung
tut alles, um allein zu regieren. Die Bür-
ger sollen dabei nicht stören. Die Re-
gierung ist aber für die Bürger da, nicht
für sich selbst.

TimWeber

mokratische Richterwahl in Bayern“ vom 25. Mai bis 7. Juni in allen Rathäusern ausliegen.

„Das Zusammenspiel von Beckstein und der Verfassungsrichter bei der Spaltung des Volksbegehrens beweist, dass das Volksbegehren 'Macht braucht Kontrolle' längst überfällig ist“, sagte Meisterernst. „Die Verfassungsrichter dürfen weder von einer Partei noch von einer anderen Arbeit abhängig sein.“ 32 der 38 Mitglieder des höchsten bayerischen Gerichts, das sind 84 Prozent, bestimmt die CSU mit ihrer einfachen Landtagsmehrheit. Alle jetzigen 38

Die Regierung wählt sich ihre
Kontrollreure selbst aus

Stellen Sie sich mal vor: Sie sitzen in
einer Straßenbahn. Sie und die ande-
ren Fahrgäste wählen den Kontrollreur.
Es wird keiner beim Schwarzfahren
erwischt. So macht es die Regierung
mit den Richtern. Die Regierungspar-
tei wählt 32 der 38 Verfassungsricht-
ter (84 Prozent). Die Verfassungsricht-
ter sind wiederwählbar. Bei ihrem be-
ruflichen Aufstieg sind sie von der Re-
gierung abhängig. Wie soll da noch
eine Kontrolle klappen?

TimWeber

Verfassungsrichter arbeiten nur nebenamtlich. Die meisten sind im Hauptberuf Fachrichter. Durch Urteile gegen die Regierungspartei gefährden sie ihre berufliche Laufbahn, erklärt das Aktionsbündnis „Macht braucht Kontrolle“. Denn die Staatsregierung entscheidet über alle Beförderungen.

Das Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern“ verkleinert das Gericht

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof (VerfGH) hat am Freitag (24. März) die Trennung der Eintragungsfristen der beiden Volksbegehren für eine größere Unabhängigkeit von Richtern gebilligt. Die neunköpfige Spruchgruppe lehnte eine einstweilige Anordnung, die Begehren gleichzeitig durchzuführen, ab. Zwei Verfassungsrichter kündigten ein Sondervotum an. Die Trennung der Eintragungsfristen durch Innenminister Günther Beckstein (CSU) verstößt nach Auffassung des Aktionsbündnisses „Macht braucht Kontrolle“ gegen das Willkürverbot und das Gewaltenteilungsprinzip der Verfassung.

Das Aktionsbündnis „Macht braucht Kontrolle“ für beide Volksbegehren kritisierte die Entscheidung des Verfassungsgerichts scharf. „Der letzte Funke Fairness gegenüber den Volksbegehren ist erloschen. Die Verfassungsrichter erlauben Beckstein jeden Machtmissbrauch“, sagte der Vertrauensmann beider Volksbegehren, Andreas Meisterernst. „Auch die höchsten Richter missachten das Verfassungsrecht auf Volksbegehren und schikanieren die Bürger. Die Regierung darf weder den Landtag noch das Volk bei der Gesetzgebung behindern.“

„Die Entscheidung ist so unverständlich, dass sich auch zwei Verfassungsrichter mit einem völlig ungewöhnlichen Sondervotum davon distanzieren“, sagte der Sprecher des Aktionsbündnisses und frühere bayerische Verfassungsrichter, Eckart Stevens-Bartol. „Selbst die völlig unnötige Belastung der Kommunen in Millionenhöhe nimmt das Gericht in Kauf, um die Volksbegehren kaputt zu machen. Die Entscheidung für Becksteins Schikane ist ein Grund mehr für das Volksbegehren 'Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern'. Es führt zu Machtmissbrauch der Regierung, wenn die CSU 84 Prozent der jetzigen bayerischen Verfassungsrichter bestimmt“.

OliverHinz

von 38 nebenamtlichen Richtern auf fünf hauptberufliche Richter. Sie sollen statt mit einfacher Mehrheit mit Zwei-Drittel-Mehrheit des Landtags gewählt werden. Das Vorbild des Volksbegehrens ist das Bundesverfassungsgericht.

Dem Aktionsbündnis „Macht braucht Kontrolle“ gehören unter Federführung der Bürgeraktion Mehr Demokratie über 30 Organisationen an. Sei dem vergangenen Wochenende unterstützt auch der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) das Volksbegehren.

Werden Sie aktiv!

Schließen Sie sich Aktionsbündnissen
vor Ort an (Das Treffen der Gruppe des
Landkreises Weilheim/Schongau wird
in der Tagespresse angekündigt.) oder
gründen Sie selbst eine Unterstützer-
gruppe. Fordern Sie die Bestellliste für
Werbenaterial an.

Oliver Hinz

Pressesprecher des Aktionsbündnisses
„Macht braucht Kontrolle“

Ruf 089 - 821 17 74